

mit der Landwirtschaft selbst nicht das geringste zu tun haben und sich als Leiter einer genossenschaftlichen Bezugsquelle eine neue Existenz verschaffen. Derartige Personen stellen die Hauptstütze gegen den „legitimen“ Handel dar, um ihre eigne Existenz zu erhalten.

Die Agrarier begnügen sich jedoch nicht damit, den Zwischenhandel beim Bezug von Arbeitsgeräten usw. auszufüllen, sie drohen sogar, um dem „Steuerwucher“ zu begegnen, mit dem Boykott des Handelsstandes. In einer Zeitungskorrespondenz hieß es kürzlich:

Waher haben die führenden Männer in der Landwirtschaft es verhindert, daß die ländlichen Genossenschaften ihre geschäftliche Tätigkeit auf Verbrauchsgüter des täglichen Lebens ausdehnten, welche der kleine und mittlere Kaufmann vertriebt. Es ist dies aus der Erwägung heraus geschieden, daß die Interessen des kaufmännischen Mittelstands gewahrt bleiben müßten; man wollte nicht dazu beitragen, dem Kaufmann und Händler die Existenz zu unterbinden. Sollte aber die Absicht des Handels wirklich zur Tat werden, so würde es kaum zu vermeiden sein, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften den Vertrieb solcher Gegenstände selbst in die Hand nehmen. Das würde eine sehr große Gefahr für den Kaufmann, namentlich in den Landstädten, bedeuten. Es gibt viele Tausende ländlicher Genossenschaften, die kapitalkräftig genug und heute so geschult sind, daß sie den Vertrieb der fraglichen Konsumartikel mit Leichtigkeit aufnehmen können. Es würde eine Kleinigkeit sein, die Landwirtschaft daran zu gewöhnen, daß sie Zigaretten, Streichhölzer, Kaffee und anderes mehr durch ihre Genossenschaften beziehen. Hat aber eine dahingehende Bewegung einmal eingesetzt, so dürfte es schwer, ja auch beim besten Willen vielleicht unmöglich sein, sie wieder einzudämmen. Die Angehörigen des kaufmännischen Mittelstands sollten in ihrem eigenen Interesse bei ihren Größten dahin Einfluss zu nehmen suchen, daß von einer Uebervorteilung der Preise abgesehen wird; sie könnten sonst leicht Folgen heraufbeschwören, die ihnen einst die erhofften Gewinne den schwersten Schaden bringen würden.

So wollen die Agrarier die kleinen und mittleren Kaufleute für die Folgen ihrer Steuerpolitik verantwortlich machen, und die bedauernswerten Leute merken es nicht, daß sie von ihren „besten Freunden“ nur an der Nase herumgeführt und systematisch genarrt werden!

Der eigentliche Mittelstand, die Handwerker und Kleinhandwerker, also verrät sich nur selbst, wenn er mit den Konservativen und Agrariern gemeinsame Sache macht.

Was sonst aber zum Mittelstand gezählt wird, hat mit diesem gar nichts zu tun. Da sind vor allen Dingen die freien Berufe, Ärzte, Künstler usw. In einer Mittelstandsversammlung hat ein Redner ausgeführt, der Mittelstand fange dort an, wo die Steuerschraube einsetze, und er höre auf, wo die Steigerung der Steuerhöhe ihr Ende habe. Die Steuerschraube beginnt bei uns in Sachen aber bei einem Einkommen von 400 Mk., und die Progression hört bei einem Einkommen von mehr als 100 000 Mk. auf. Einen Architekten oder Baumeister, der 25 000 oder 50 000 Mk. Einkommen hat, kann nur ein Narr mit dem kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden wirtschaftlich auf eine Stufe stellen. Das sind vielmehr Leute, die zur reichen Klasse gehören, deren Interessen denen des wirklichen Mittelstands direkt entgegenstehen. Und doch präsentiert die Mittelstandsvereinigung überall fast ausschließlich Männer als Kandidaten, die mit dem eigentlichen Mittelstand gar nichts zu tun haben, ja ihm ihrer sozialen Stellung nach direkt gegenüber stehen. Wenn die Handwerker und Kleingewerbetreibenden solche Mittelstandsandidaten wählen, dann müssen sie, wie es kürzlich die Wähler des Junkers v. Richtigshofen von sich sagten, ein dickes Brett vor dem Kopfe haben.

Eine besondere Kategorie des Mittelstands sind die Hausagrariere, eine Gesellschaft, die an Interessenwichtigkeit den Agrariern auf dem Lande in nichts nachsteht. Wie die ländlichen, so fordern auch die städtischen Agrarier die Aufhebung der Grundsteuern und die Befreiung von allen sonstigen Lasten. Die Aufhebung der Grundsteuern würde ein Geschenk an die Grundbesitzer bedeuten. Sie würde die Steigerung der Grundstückspreise zur Folge haben und eine Steigerung der Mieten nach sich ziehen. Die Steigerung der Wohnungs- und Ladenmieten aber würde auch die große Masse der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden hart treffen. Auch hier sehen wir, daß der eigentliche Mittelstand von den Vertretern des Mittelstands nichts zu erhoffen hat. Die Hausagrariere haben es überall verstanden, Kandidaten aus ihren Reihen nominieren zu lassen. Die Hausbesitzer aber haben unter den mehrstimmigen Wählern einen entscheidenden Einfluss. Werden die Mittelstandsandidaten in größerer Zahl gewählt, dann werden wir erleben, daß in der konservativen Partei neben der agrarischen Interessenspolitik auch noch der Einfluss der städtischen Grundbesitzer sich geltend machen wird. Und gelingt es den Konservativen und Mittelständlern, im neuen Landtage abermals die Herrschaft an sich zu reißen, dann wird die werktätige, nicht ansässige Bevölkerung, und also auch der gewerbliche Mittelstand mit doppeltem Nutzen gepeitscht werden.

Ein Handwerker und kleiner Gewerbetreibender, der einen Mittelstandsandidaten wählt, hat daher in der Tat ein Brett vor dem Kopfe. Die Mittelstandsvereinigung ist nur ein Konglomerat der rückständigsten und reaktionärsten Elemente. Der gewerbliche Mittelstand leidet unter den Folgen der Politik der Agrarier in Stadt und Land und unter den Folgen des Großkapitalismus ebenso wie der Arbeiter. Die Handwerker, Kleingewerbetreibenden und kleinen Beamten dürfen deshalb, wenn sie ihre Interessen wahrnehmen wollen, keinen Mittelstandsandidaten wählen, sie müssen vielmehr ihre Stimme dem Sozialdemokraten geben.

Ferrer.

Die spanische Regierung will den Mord rechtfertigen, sie gedenkt das „Beweismaterial“ des Prozesses Ferrer der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Als ob elende Henkersleute, die zum Morden fähig sind, denen vielfache Fälschungen und Meinungsäußerungen nachgewiesen werden konnten, nicht auch fähig wären, neue Lügen auszusuchen. Das Opfer schweigt, die Pfaffen hätten also leichtes Spiel, hätte nicht Ferrer selbst behebungsamen Hin-

weise über das „Prozessverfahren“ hinterlassen. In einem eben veröffentlichten Schreiben, das Ferrer aus dem Gefängnis an einen unserer Genossen richtete, heißt es:

Vorgestern hat der Untersuchungsrichter vor meinem Rechtsbeistand und mir die Verlesung meines „Dossier“ beendet. Es enthält nichts, was mich irgendwie belasten könnte. Der Richter hat alle Gefangenen Kataloniens — etwa 3000 — eingehend darüber vernommen, ob sie mich kannten und ob sie von mir Geld oder Befehle empfangen hätten. Keiner hat die Frage in bejahendem Sinn beantwortet. Man hat weiterhin eine peinliche Untersuchung zum Zweck des Nachweises meiner angeblichen Leitung der Bewegung geführt, ohne daß man für die Anschuldigung auch nur den geringsten Anhalt gefunden hätte. Die Polizei hat in meinem Hause zwei Hausdurchsuchungen vorgenommen, die eine, die am 11. August stattfand, wurde von 22 Personen ausgeführt und dauerte 22 Stunden, die andre nahm vom 27. bis 29. August gar die Zeit von drei Tagen und zwei Nächten in Anspruch. Eine erneute Durchsuchung wurde von der Militärbehörde unter Mitwirkung von vielen Soldaten vorgenommen, die mein Haus nahezu ganz demolierten. Aber auch dabei wurde nichts entdeckt, das gegen mich hätte Verwendung finden können. Die Erkenntnis, daß dieser Weg nicht zum Ziele führt, hat den Untersuchungsrichter bestimmt, sich schriftlich an Herrn Ugarte, den Staatsprokurator des obersten Gerichtshofs in Madrid, mit dem Ersuchen zu wenden, ihm die Beweise für seine Behauptung, daß ich der Chef der Barcelonaer Revolte gewesen, zugänglich zu machen. Herr Ugarte sah sich daraufhin zu dem Eingeständnis genötigt, daß seine Behauptung nur das Echo der öffentlichen Meinung Barcelonas darstelle!!! Standalös, nicht wahr?

Die deutsche Pfaffen- und Junkerpresse tobt über die mächtige Protesterhebung des internationalen Proletariats. Die Germania ist aus ihrer christlichen Demutstolle gefallen und heult à la Bruhn-Schad-Abwardt gegen die „Judenblätter“, „Judenjüngelchen“ usw., die da den Pfaffen zu Leibe wollen. Daß sie sich mit den Mönchen von Barcelona und Madrid innig solidarisch fühlt, bekennet sie nichtsdestoweniger, indem sie schreibt: Der Anarchist Ferrer hat bereits seine verdiente Strafe gefunden, und damit ist eins der größten Verbrechen an der Menschheit zum Teil gesühnt worden.

Knuten-Dertel will die Schuld der Barcelonaer Ordnungsmordbrenner lindern, indem er aus unbekanntem Quellen „meldet“ daß Ferrer nur ein Jude sei.

Nicht nur die Sozialdemokratie aller Länder, deren Geschäft es ja ist, sich jeden Umsturz einzutreten, gleichviel wo er versucht werden mag, sondern alles, was radikal und demokratisch ist, erhebt ein wüstes Geschrei über die Hinrichtung des spanischen Revolutionsführers Ferrer, der seine telegraphische Verurteilung wahrlich reichlich verdient hat. In kurzer Zeit ist es der radikalen, meist rassistischen Presse gelungen, in zahlreichen Orten die Massen in Bewegung zu setzen und zu mehrfach handgreiflichen Demonstrationen aufzureizen. Erklärlich ist ja das Treiben dieser Presse, denn Ferrer entstammt, wie von mehreren Seiten mitgeteilt wird, dem ausermittelten Volke, und daher hätte ihm kein Haar gekrümmt werden dürfen. Nur in Spanien selbst hat sich niemand über seine Hinrichtung aufgeregt, denn dort kannte man ihn und sein Treiben und findet daher das Urteil durchaus gerecht.

Es liegen folgende Depeschen vor:

Die Hinrichtung.

Paris, 15. Oktober. Matin meldet aus Barcelona: Ein Unteroffizier, welcher der Hinrichtung Ferrers beiwohnte, erzählte, daß Ferrer aufrecht und mit unverwundenen Augen erschossen worden sei. Seine letzten Worte waren: Kinder, ihr könnt nichts daran ändern, trefft gut, trefft gut. Es lebe... Hier sank er tot zusammen. Weiter wird berichtet, daß Ferrer den Anarchisten Malato zu seinem Testamentvollstrecker ernannt hat. Malato, der hiervon noch keine Kenntnis hatte, wurde von dieser Tatsache durch einen Berichterstatter des Matin informiert. Dieser zeigte sich keineswegs darüber überrascht, da er und Ferrer die besten Freunde waren.

Barcelona, 15. Oktober. Ferrer wurde gestern früh auf dem bürgerlichen Friedhof beerdigt.

Arbeiter und Bankiers.

Die spanische Großbourgeoisie identifiziert sich mit dem herrschenden Blutregiment. Die Präsidenten der großen Banken von Barcelona haben dem Zivilgouverneur ihr Einverständnis mit allen zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ erforderlichen Maßnahmen erklärt. Dagegen zeigt die Sozialdemokratie die Tapferkeit, die man von ihr erwarten darf. Unser Madrider Parteiorgan El Socialista schreibt: „Jeder an seinem Platz! Die Arbeiter von Barcelona haben den Generalkrieg erklärt, um gegen den Krieg zu protestieren. Infolge des Verhaltens der Regierung liegt ein Teil auf die Barrikaden. Und andre Umstände, auch eine Folge des Verhaltens der Regierung und des Klerus, veranlassen andre, Häuser in Brand zu stecken. Aber diese haben, was man auch sage, weder getötet noch geplündert. Die getötet und geplündert haben, war das Lumpenproletariat, das Produkt gerade der bestehenden Ordnung, das manchmal von der herrschenden Macht selbst in seinem Treiben unterstützt wird. Bürgerliche Postkitter aller Richtungen, von der Rechten, dem Zentrum und der Linken, haben das Tun der Arbeiter verdammt. Wir aber erklären, daß wir sie nicht verdammen. Und wir sagen das, damit jeder an dem Platze stehe, an den er gehört.“ In einem andern Artikel erklärt dasselbe Blatt, die Sozialisten seien bereit, mit allen gemeinsam zu marschieren, die sich vornahmen, diese Regierung zu stürzen. „Wenn aber aus Ungeschicklichkeit, Egoismus oder irgendeinem andern Grunde die andern es nicht tun, werden wir Sozialisten allein unsere Pflicht tun.“

Der Pariser Gemeinderat hat beschlossen, die mittellose in Paris verbliebenen Enkel Ferrers zu versorgen.

Die internationale Protestbewegung.

Rom, 15. Oktober. Von Mittag ab wurde hier gestern überall die Arbeit niedergelegt. Alle Geschäfte schlossen ihre Türen. Straßenbahnen und Droschken verkehrten nicht. Auf der Piazza Colonna sammelte sich ein Haufen Demonstranten, die die Straßen durchzogen und sich nach dem spanischen Kolleg auf der Piazza Apollinaris begaben, wo die Fenstergehäusen mit Steinen bombardiert wurden.

Paris, 15. Oktober. Echo de Paris meldet aus Genua: Drei hier eingetroffene spanische Dampfer wurden boykottiert und konnten Waren nicht löschen. Mehrere an Bord befindliche spanische Priester konnten nicht landen.

Genova, 14. Oktober. Die Vertreter der Arbeitervereinigungen beschloßen aus Anlaß der Erschießung Ferrers, spanische Waren zu boykottieren und in den Generalkrieg zu treten. Nach diesem Beschluß erfolgte eine Kundgebung der Bevölkerung. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Antwerpen, 15. Oktober. Das Exekutivkomitee der belgischen Genossenschaftsverbände beschloß den Boykott gegen alle spanischen Waren zu verhängen. Für Sonntag ist eine Massendemonstration geplant.

Gewerkschaftsbewegung.

Die gelbe Seuche bei Krupp.

Das Kruppische Werk hat es für vorteilhaft gefunden, sein Herrschaftsgebiet auch mit der gelben Seuche zu infizieren. Es ist in Essen ein Nationaler Arbeiterverein Werk Krupp gegründet worden, dessen Wohl und Gedeihen sich die Firma außerordentlich am Herzen liegen läßt. Einer ihrer Assessoren redigiert die neue „nationale“ Zeitung und aus ihrem Geschäftsgewinne speist sie die Kasse dieser Gesellschaft Judas. Daß sie die Agitation für die Gelben in ihrem Betriebe nicht nur duldet, sondern mit allen Kräften unterstützt, ist nach Lage der Sache selbstverständlich. Daß die Gelben selbst kein Mittel scheuen, Mitglieder zu pressen, davon zeugt nachstehender Vorgang: Der Werkmeisterverein hielt eine Versammlung ab, um sich einen Vortrag halten zu lassen. Der Referent, ein eifriger Förderer der Gelben, erklärte bei seinem Erscheinen in der Versammlung, daß er „leider“ den versprochenen Vortrag nicht halten könne, dafür aber über die Bewegung des Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp sprechen werde. Sprachs und fing sogleich an, die Gelben samt ihrem würdigen Führer, dem Bürger Lebus, über das Schellendaus zu loben und alle andern Gewerkschaften zu beschimpfen. Die anwesenden Beamten und Werkmeister hörten sich's zunächst mit belustigendem Lachen an, und sagten sich: Was geht das uns an? Als Werkmeister und Beamte können wir doch nicht Mitglieder des Arbeitervereins werden! Eine so ähnlich lautende Erklärung gab dann auch der Versammlungsleiter, ein Kruppischer Beamter, ab. Die Versammlungsteilnehmer aber hatten die Rechnung ohne den gelben Referenten gemacht, der ihnen erklärte, daß aus dem Titel des gelben Arbeitervereins das ominöse Wort „Arbeiter“ ausgestrichen und somit der Stein des Anstoßes beseitigt werde. In dem Nationalen Verein Werk Krupp, hörten dann alle graduellen Unterschiede auf, jeder Arbeiter und Angestellte des Kruppischen Werks könne Mitglied werden.

Daß die Beamten von dieser Ueberrumpelung wenig erbaut waren, läßt sich denken. Haben sie nicht Rückgrat genug, scheuen sie einen ehrlichen Kampf um ihre Koalitionsfreiheit, so werden sie über kurz oder lang ein Fähnlein in der gelben Schutztruppe des Werkes Krupp bilden. An dem nötigen Nachdruck wird es das Werk nicht fehlen lassen.

Mit welchen Mitteln übrigens auch die Werksverwaltung an der Ausbreitung der Gelben in ihrem Werke arbeitet, das verrät der Bund, das Organ der Gelben, in seiner letzten Nummer. Eins der berichtigsten Lohn- und PreSSIONsmittel der Gelben sind die sogenannten Werksklassen, die natürlich von den betreffenden Werken gespeist werden. Auch bei Krupp besteht eine solche. Die Beiträge dafür aber zieht die Firma Krupp ein. Der Bund selbst teilt mit: Die Zahlungen für die Kasse gehen durch das Kruppische Lohnbureau, um eine pünktliche und geregelte Beitragszahlung durchzuführen. — Das Lohnbureau hat also eine Liste der Gelben und befragt deren Geschäfte. Die Firma weiß also, wer gelb, und sie weiß vor allen Dingen, wer nicht gelb organisiert ist. Was das aber bedeutet, braucht wohl nicht gesagt zu werden. So arbeitet das „nationale“ Werk Krupp für die widerlichste soziale Erscheinung der Gegenwart.

Leipzig und Umgebung.

Mißstände im Buchbindergewerbe.

Es besteht seit einer Reihe von Jahren in Leipzig ein Mißstand, der dringend der Abhilfe bedarf: die unrentable Entlohnung solcher Arbeiten, die im Tarif als Gehilfenarbeit vorgesehen sind, aber von Arbeiterinnen hergestellt werden. Beim Tarifabschluß im Jahre 1900 haben die Gehilfenvertreter unter dem Druck der Verhältnisse ihre Einwilligung dazu gegeben, daß gewisse Arbeiten, wenn von Arbeiterinnen gemacht, zu einem etwas geringeren als im Tarif vorgesehenen Preis entlohnt werden können. Es liegt ja nun im ganzen Wesen des Unternehmertums und eines Teils der Leipziger Buchbindereifabrikanten im besonderen, den Kreis solcher Arbeiten immer mehr zu erweitern und den Prozentabzug immer mehr zu vergrößern. Die Forderung: „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“ erweist sich infolge des Bestrebens der Unternehmer, statt der Gehilfen immer mehr billige und willige weibliche Arbeitskräfte zu verwenden, als eine berufliche Existenzfrage. Eine auf Betreiben der Gehilfenvertreter stattgehabte Konferenz der beiderseitigen Verbandsvorstände am Montag, den 11. d. M., sollte diese spezielle Leipziger Gepllogenheit in friedlicher Weise regeln. Eine am 12. d. M. stattgefundene öffentliche Buchbinderversammlung nahm den Bericht des Voll. Komitees über die gemeinsame Konferenz entgegen. Das Resultat dieser Konferenz konnte insofern nicht befriedigen, als die Angelegenheit erst einer Vollversammlung des Verbandes deutscher Buchbindereifabrikanten, die innerhalb 8—10 Tagen stattzufinden hat, zu unterbreiten ist, dann in einer nochmaligen beiderseitigen Vorstandskonferenz erledigt werden soll. In der Debatte machte sich die Befürchtung geltend, daß dieser Ausschuss nur eine Verschleppung der Angelegenheit bedeute. Es wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 12. Oktober im Pantheon tagende außerordentlich zahlreich besuchte Buchbinderversammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt der Resolution vom 20. September und erwartet von den Vertretern des Deutschen Buchbinderverbands, daß sie mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft Rechnung getragen wird.“

Zur Unterstützung dieses Vorgehens verpflichten sich die Versammelten, dem Bevollmächtigten alle Fälle zur Kenntnis zu bringen, durch welche die Maßnahmen der Organisationsleitung zu durchkreuzen versucht werden.

Insondere gilt dies auch dann, wenn durch Prinzipale oder deren Angestellte der Versuch unternommen werden sollte, einzelne Positionen des Tarifs in selbstthätiger Weise auszulösen.

Den Versammelten ist eine ehrliche Tarifgemeinschaft nur denkbar, wenn die von einzelnen Prinzipalen beliebte Art, gewisse Arbeiten zu billigen Löhnen oder noch billigeren Wurzeln machen zu lassen, unterlassen wird und vorerwähnten bei neuen Fällen mit aller Entschiedenheit gegen die in Frage kommenden Betriebe vorgeht.

In erster Linie soll dies durch Anrufen des Schlichtungsgerichts bezw. des Tarifamts geschehen, um den Prinzipalsbevollmächtigten dieser Instanzen Gelegenheit zu geben, gegen die tarifrechtlichen Maßnahmen ihrer Kollegen einzuschreiten, durch welche der ganze Beruf an den Rand des Verberbens gebracht wird.“